

2. Allgemeine Darstellung und Einschätzung der Entwicklung

2.1. Zur Entwicklung 1991 – 1996

In Sowjetzeiten waren die Archive für westliche Forscher so gut wie verschlossen; allenfalls drittrangige Materialien wurden ausgehändigt. Erst ab 1989 durften die ersten westlichen Forscher in den Archiven arbeiten. Die eigentliche Öffnung der Archive begann mit dem Ende des Kommunismus im Jahre 1991. Am 24. August 1991, wenige Tage nach dem gescheiterten Putsch der Moskauer Altkommunisten, erließ Rußlands Präsident Boris Jelzin ein Dekret, kraft dessen er die Archive der KPdSU und des KGB der russischen Regierung unterstellte. Vor russischen wie ausländischen Forschern eröffneten sich nun Arbeitsperspektiven, von denen sie früher nicht zu träumen wagten.¹

Das zentralisierte sowjetische Archivsystem wurde seitdem grundlegend reformiert: Die alte Archivverwaltung GLAVARCHIV wurde nach dem Ende der Sowjetunion durch ROSKOMARCHIV, das Komitee für Archivangelegenheiten bei der Regierung der Russischen Föderation, ersetzt. Seit Dezember 1992 nennt sich die Institution ROSARCHIV, ein Kürzel, das für „Staatlicher Archivdienst der Russischen Föderation“ steht.² Der Behörde unterstehen alle etwa 2.200 staatlichen Archive Rußlands³ mit Ausnahme der Militärarchive, des Archivs des Außenministeriums und des Präsidenten-Archivs im Kreml. Der Kampf um die Bewilligung staatlicher Mittel, die Suche nach westlichen Partnern und die grundlegende Neuorganisation des russischen Archivwesens waren die wichtigsten Arbeitsfelder von ROSARCHIV. Das im Herbst 1991 eingebrachte Archivgesetz, das den Archivbetrieb verbindlich regeln sollte, wurde nach mehreren Anläufen im Juli 1993 vom Obersten Sowjet Rußlands verabschiedet. Die rechtliche Gleichstellung von ausländischen und russischen Forschern, die Freigabe von Dokumenten nach Ablauf von 30 Jahren und eine Sperrfrist für personenbezogene Akten von 75 Jahren wurden darin festgelegt. Allerdings haben Archivleiter kritisiert, daß das Gesetz allenfalls ein „Manifest“ sei, entscheidende Fragen hingegen nicht regle. Die Situation der Archive in Rußland ist jedenfalls trotz des Archivgesetzes ziemlich uneinheitlich. Die folgenden Einschätzungen sind daher nicht ohne weiteres auf alle russischen Archive übertragbar.

Die für die Benutzer beste Zeit in den beschriebenen Archiven waren die Jahre 1992 und 1993. Die neuen, liberal gesinnten Archivdirektoren, die im Laufe des Jahres 1992 eingesetzt wurden, konnten weitgehend selbständig über die Herausgabe von Dokumenten entscheiden. Sie taten dies häufig zum Nutzen der Forschenden. Die ersten Ergebnisse der freizügigen Forschungsmög-

1 Zur Situation der sowjetischen bzw. russischen Archive bis Ende 1991 vgl. den Aufsatz von Patricia Kennedy Grimsted: *Beyond Perestroika: Soviet-Area Archives after the August Coup*. In: *American Archivist*, Vol. 55, Number 1 (Winter 1992), S. 94-122.

2 Die Satzung von ROSARCHIV ist abgedruckt in „Otečestvennye Archivy“ (weiterhin: OA), 1993/2, S. 3-7.

3 Die Zahl bezieht sich auf den 1.9.1992. Siehe R. G. Pichoja: *Sovremennoe sostojanie archivov Rossii*. In: *Novaja i novejšaja istorija* 1993/2, S. 3-10.

lichkeiten erscheinen gegenwärtig als historische Veröffentlichungen auf dem Buchmarkt. Mit ausländischen, vor allem amerikanischen Partnern haben die Archive mehr oder weniger detaillierte Archivführer herausgebracht und Kooperationsverträge geschlossen (genauerer siehe unten). Dies scheint für eine voranschreitende Öffnung und Normalisierung in den russischen Archiven zu sprechen.

Seit 1994 ist jedoch ein gegenläufiger Trend zu beobachten: Schon freigegebene Dokumentenbestände wurden wieder ganz oder teilweise gesperrt. Dies gilt insbesondere für die ehemaligen Parteiarchive der KPdSU. Historiker sahen sich mit der Tatsache konfrontiert, daß gestern noch zugängliche Materialien heute wieder „geheim“ sind. Die neuen Zugangsbeschränkungen gelten insbesondere für die Kriegs- und Nachkriegszeit; aber auch für die zwanziger und dreißiger Jahre wurden ehemals zugängliche Akten wieder unter Verschuß genommen. Für die Historiker, die ohne „Sonderbeziehungen“ und Unterstützung von Organisationen in den Moskauer Parteiarchiven forschen, gilt die Periode von Ende 1991 bis 1993 angesichts der neuen Restriktionen mittlerweile bereits als Zeit „traumhafter“ Forschungsmöglichkeiten.

2.2. Schwierigkeiten des Zugangs

Als Gründe für die Einschränkung der Benutzung sind zu nennen: verschiedene kleinere und größere Skandale im Ausland, durch die Veröffentlichung „heißer“ Dokumente hervorgerufen, und die breite Diskussion über die Rückgabe der „Beutegüter“, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs in die Sowjetunion transportiert wurden. Nicht zuletzt diese Debatte hat die Archive in den innenpolitischen Streit hineingezogen. Mit neuen Regeln wurde der „Selbstherrlichkeit“ der Archivdirektoren in bezug auf die Freigabe von Dokumenten ab Mitte 1993 ein Riegel vorgeschoben: Die Entscheidung über „geheim“ oder „nicht geheim“ wird heute durch eine staatliche Kommission gefällt, in der Vertreter verschiedener Behörden sitzen. Diese Kommission, offiziell schon im Sommer 1993 eingerichtet, hat ihre Tätigkeit Ende 1994 aufgenommen. Die bürokratische Prozedur zur Freigabe von Archivbeständen dauert gewöhnlich sehr lange, da die Kommission selten tagt und Expertisen von verschiedenen Spezialisten einzuholen hat.

Darüber hinaus sind Schwierigkeiten, an bestimmte Dokumente zu gelangen, im Gegensatz zu früheren Zeiten selten auf ideologische Vorbehalte oder den Bürokratengeist der Archivmitarbeiter zurückzuführen. Die Vorstellung, daß ein neuer „demokratischer“ Direktor einen unentwegten Dauerkampf mit den „alten Kadern“ der Archive zu führen habe, trifft in den hier besprochenen Archiven nicht oder nicht mehr zu.⁴ Natürlich wird man sich darüber klar sein müssen, daß ein Teil der über Jahrzehnte tätigen Mitarbeiter sich nur schwer von alten Verhaltensweisen trennen kann. Zu Zeiten der Herrschaft der KPdSU

⁴ Vgl. Bianka Pietrow-Ennker und Benno Ennker: Freier Zugriff auf Lenin. In: Die Zeit vom 4. Dezember 1993, S. 43.

hatten vor allem die Mitarbeiter der Parteiarchive eine Reihe von Privilegien, die vom billigen, überdurchschnittlich guten Kantinenessen bis zu preiswerten Erholungsmöglichkeiten in Sanatorien der gehobenen Klasse reichten. Natürlich tat man alles, um diese Stellung nicht durch einen potentiellen „Skandal“ zu gefährden, der durch die Herausgabe von Teilen des Parteischatzes entstehen konnte. Solche Verhaltensmuster haben sich hier und dort trotz der verschwundenen Privilegien erhalten – die Regel sind sie jedoch nicht mehr. Heute sind es vielmehr die ökonomischen Verhältnisse, die den einen oder anderen Archivmitarbeiter dazu bringen, interessante Dokumente im eigenen Arbeitszimmer zu lagern und sie durch eigene Veröffentlichungen oder Projekte mit ausländischen Partnern zunächst zu „vergolden“, bevor man sie der wissenschaftlichen Allgemeinheit preisgibt.

Neben diesen Schwierigkeiten beim Zugang zu den Akten existiert jedoch ein weiteres Problem für den Forscher. Außer übersichtlichen und ausführlichen Findbüchern gibt es oft sehr allgemein gehaltene, die nur wenig über den Inhalt der Akten verraten und daher für den Benutzer nahezu nutzlos sind.

Von einer vollständigen Öffnung der Dokumente kann – selbst in bezug auf die Vorkriegsgeschichte der Sowjetunion – keine Rede sein. Die Wandlung ehemals liberaler Leiter der russischen Archivverwaltung zu kämpferischen „Verteidigern der nationalen Interessen Rußlands“ zeugt auch von der veränderten gesamtpolitischen Lage, die sich von der liberalen Phase der Jahre 1991 bis 1993 deutlich abhebt. Doch gibt es Ausnahmen von dieser allgemeinen Entwicklung: In einzelnen Archiven haben sich die Arbeitsbedingungen für die Forscher in den letzten Jahren zumindest nicht wesentlich verschlechtert.

2.3. Die prekäre Finanzsituation

Das Hauptproblem aller russischen Archive ist ihre schlechte materielle und finanzielle Lage. Hierbei geht es um die Ausstattung mit Computern, Kopierern und Mikrofilmgeräten, vor allem aber um die Notwendigkeit, aufgrund fehlender staatlicher Zuwendungen mehr und mehr zur „Eigenfinanzierung“ überzugehen. Die Wirtschaftskrise hat wie alle öffentlichen Einrichtungen auch die Archive hart getroffen. Initiative und Geschäftssinn der neuen Archivdirektoren sind gefordert. Sie sehen sich einerseits in die Richtung einer Kommerzialisierung ihrer Archive getrieben, andererseits wollen sie sich an den internationalen Normen orientieren, die für die Arbeit in staatlichen Archiven gelten. Die Preise für Kopieraufträge belaufen sich in den vorgestellten Archiven für Ausländer zwischen 25 cents und 1 Dollar je Kopie oder Mikrofilmaufnahme, was dem Budget von Studenten oder Doktoranden kaum angemessen ist. Trotzdem können die Einnahmen durch Kopien das Finanzloch der Archive nicht stopfen. Das gleiche gilt für den bereits üblichen Brauch, Lizenzen für das Recht zur Veröffentlichung von Dokumenten zu verkaufen. Im ehemaligen Zentralen Parteiarchiv („Russisches Zentrum“) werden für eine

solche Lizenz zwischen zehn und 30 Dollar je Dokument verlangt – für wissenschaftliche Veröffentlichungen kann sie jedoch auch kostenlos vergeben werden.

Die Archivleiter stehen zudem vor dem Problem, daß ein großer Teil der jungen, häufig sehr gut qualifizierten Mitarbeiter das Archiv verlassen und ins einträglichere „Business“ abwandern, da der normale Verdienst eines wissenschaftlichen Archivangestellten eine Familie nicht ernähren kann. In den letzten Jahren sahen sich Archive aufgrund der angespannten Finanzlage gezwungen, ihre Mitarbeiter in den verlängerten Urlaub zu schicken oder um Finanzhilfe aus dem Ausland zu bitten.

3. Die besuchten Archive – Zugang, Nutzung, Bestände

Formale Zugangsvoraussetzung für die im folgenden genannten drei Archive ist ein sogenannter offizieller Brief, in dem der Name des Benutzers, sein Forschungsthema, der gewünschte Zeitraum der Tätigkeit im Archiv und die ihn entsendende Institution (Universität, Institut usw.) vermerkt sein sollten. Der Brief sollte von dieser Institution ausgestellt sein oder aber – falls es eine solche Institution nicht gibt – vom Benutzer selbst. Er sollte einige Wochen vorher an den Leiter/die Leiterin des Archivs gesandt und in Zweitausfertigung mitgebracht werden. Allein im hier nicht näher behandelten Archiv des Außenministeriums muß der Weg über die Deutsche Botschaft in Moskau gegangen werden.

3.1. Russisches Zentrum – ehemaliges Zentrales Parteiarchiv

Das „Russische Zentrum zur Aufbewahrung und zum Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte“ (russische Abkürzung: RCChIDNI, im weiteren „Russisches Zentrum“) besitzt im wesentlichen Parteidokumente bis 1952.⁵ Es ist aus dem früheren Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU entstanden. Es bewahrt nahezu zwei Millionen Akten auf. Daneben verfügt das Archiv über 40 Millionen Karteikarten zu Funktionären und Mitgliedern der KPdSU. Neben dem Hauptgebäude an der Moskauer Puschkinstraße nutzt das „Russische Zentrum“ zwei Außenstellen in Joschkar-Ola (Autonome Republik der Mari) und in Balaschow (im Gebiet Saratow), wo besonders wertvolle Archivmaterialien, Reservebestände, Personalakten und andere Dokumente lagern, die zum Teil auf Bestellung (gegen Bezahlung der Transportkosten durch den Benutzer) nach Moskau gebracht werden.

⁵ Rossijskij Centr chranenija i izučenija dokumentov novejšej istorii. Adresse: 103821 Moskau, Puškinskaja ul. 15. Tel. 200 51 12, 229 97 26, 292 48 65. Zum „Russischen Zentrum“ siehe auch schon Bernhard H. Bayerlein /Alexander Vatlin: Zur aktuellen Situation der ehemaligen Parteiarchive in Rußland. Informationen und Interviews. In: Osteuropa, 1992/11, S. 966-977.